

### HOFGEISMARER ERKLÄRUNG

Seit Jahrzehnten genehmigen hessische Landesregierungen – auch die derzeit regierende CDU-Grüne-Landesregierung – der K+S AG eine umweltzerstörende und Ressourcen vernichtende Abfallentsorgung. Jetzt droht diese Politik auch noch Arbeitsplätze zu vernichten. Damit muss endlich Schluss sein.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass das Grundwasser dauerhaft geschädigt und das Trinkwasser ungenießbar wird. Werra und Weser werden auch viele Jahrzehnte nach dem Ende der Kaliproduktion keine salzfreien Flüsse in einem guten ökologischen Zustand sein. Salzhalden begraben Ackerland unter sich und gefährden über Jahrhunderte das Grundwasser. Die Abfallentsorgung in Landschaft und Grundwasser ist nicht mehr Stand der Technik. Siebürdet nachfolgenden Generationen hohe Kosten auf, vernichtet wichtige Ressourcen und Arbeitsplätze. All das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Kaliproduktion, die Umwelt und Ressourcen schont und in der Kaliregion längerfristig Arbeitsplätze sichert.

Nicht die für K+S billigsten und bequemsten Verfahren, sondern ressourcen- und umweltschonende Technik muss eingesetzt werden. Seit Jahren versucht die K+S AG das zu verhindern. Der Konzern spielt auf Zeit, um die Lagerstätten in Thüringen und Hessen ohne große Investitionen auszubeuten und möglichst hohe Gewinne erzielen zu können – und die Politik ermöglicht dieses Trauerspiel auch noch. Die Hessische Landesregierung muss – solange noch Zeit ist – einen Schlusstrich unter diese völlig fehlgeleitete Umwelt- und Industriepolitik auf Kosten der Allgemeinheit ziehen.

Die Trinkwasser gefährdende Laugenverpressung muss sofort eingestellt, flüssige Abfälle eingedampft und die darin enthaltenen Rohstoffe verwertet werden. Durch die Einleitung in Flüsse und Grundwasser vernichtet K+S Jahr für Jahr ca. 1,1 Millionen Tonnen Kaliumsulfatdünger und Siedesalze. Diese Rohstoffvernichtung muss beendet werden.

Alle festen Abfälle müssen zur Stabilisierung wieder in die Hohlräume unter Tage verfüllt werden. Langfristig können dadurch Stützpfeiler abgebaut und damit sogar länger und weiter aus mehr Kali gefördert werden.

Technisch sind diese Verfahren machbar. Sie ermöglichen bis 2022 eine abstoßfreie Kaliproduktion. Zudem würden nach 2028 keine Abwässer mehr in die Werra eingeleitet, die Halden zurückgebaut und kein weiteres Trinkwasser vernichtet werden. Pipeline und Stapelbecken als Zwischenspeicher für Salzabwässer müssten nicht gebaut werden. Die Flüsse würden lange vor dem Ende der Kaliproduktion einen wenigstens befriedigenden ökologischen Zustand erreichen. Darüber hinaus würden im hessisch-thüringischen Kalirevier Arbeitsplätze länger erhalten bleiben.

**Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert:**

- den gesetzlichen Grundwasserschutz zu achten und die Versenkung von Salzabwasser sofort zu beenden,
- die Arbeit an ihrem Vier-Phasen-Plan einzustellen,
- sich für eine Überarbeitung des Bergrechts und insbesondere BVT-Merkblätter (beste verfügbare Techniken) für den Umgang mit Rückständen aus dem Kali-Bergbau einzusetzen,
- K+S durch Absenkung der Grenzwerte und Verbot der Haldenerweiterung zu einer Produktion nach dem Stand der Technik mit einer umweltschonenden Abfallentsorgung vor Ort zu verpflichten,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Qualitätsziele der Wasserrahmenrichtlinien nicht abgesenkt, sondern eingehalten werden,
- die rechtlichen Möglichkeiten für eine kostendeckende Abwassergebühr mit Anschlusszwang – so wie dies auch für alle Menschen und Betriebe außer K+S gehandhabt wird – zu nutzen,
- die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, umwelt- und ressourcenschonende- Kaliproduktion – die auch Arbeitsplätze langfristig erhält – zu schaffen.

*Hofgeismar, 2. Juni 2015*